

Betrachtungen zum EU-Konvent – Chancen und Risiken

Zusammenfassung der Podiumsdiskussion
24. März 2003

Am Podium:

Caspar Einem, Abgeordneter zum Nationalrat und Europaspreeher der SPÖ
Peter Glotz, Direktor am Institut für Medien- und Kommunikationsmanagement der Universität St. Gallen

Begrüßung:

Eva Nowotny, Leiterin der integrations- und wirtschaftspolitischen Sektion im Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten

Moderation:

Katharina Krawagna-Pfeifer, Ressortleiterin Brüssel, „Der Standard“

Die Diskussion war dem Europäischen Konvent gewidmet, der in eine sehr entscheidende Phase getreten ist. Eva Nowotny wies in ihrer Begrüßung darauf hin, dass nach einer Phase der allgemeinen Grundsatzdiskussion, einem allgemeinen Gedankenaustausch über die europäische Konstruktion intensivere Arbeit in den Arbeitsgruppen gefolgt wäre, die sich einzelnen Themen gewidmet hätte. Das Erreichte und Erarbeitete solle in einem Verfassungsvertrag zusammengeschrieben werden, der eine Neuordnung des institutionellen Gefüges der Europäischen Union unternehmen solle. Der Konvent sei in seiner Arbeit von den allgemeinen politischen Rahmenumständen und Rahmenbedingungen nicht loszulösen. Durch den Irakkrieg sei einer der ersten Kollateralschäden aufgetreten, der den Konvent betroffen hätte.

Katharina Krawagna-Pfeifer, die Moderatorin des Abends, erinnerte daran, dass es in diesem Zusammenhang sogar Stimmen gegeben hätte, die Arbeit des Konvents auszusetzen. Peter Glotz setzte diese Frage in einen größeren Kontext der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, die trotz intensiver Bemühungen zur Vergemeinschaftung – z.B. durch Etablierung eines europäischen Außenministers – stets von gesonderter Position Frankreichs und Großbritanniens geprägt wäre. Diese Staaten - einschließlich des Präsidenten des Konvents, Giscard d'Estaing - wären nie der Meinung gewesen, dass es in absehbarer Zeit eine gemeinsame Außenpolitik geben solle. Diese Frage könne aber auch an der Einwirkung osteuropäischer Beitrittskandidatenländer scheitern.

Caspar Einem sah innerhalb der Europäischen Union die Chance der Vertreter kleinerer und in diesen Fragen nicht so exponierter Staaten, einen Beitrag dazu zu leisten, dass an konkreten Dingen zu arbeiten begonnen werde. Es sei notwendig zu sehen, dass die

Europäische Union unabhängig von gelegentlichen Meinungsverschiedenheiten ein Instrument sei, auf das in keiner Weise verzichtet werden könne. Der EU-Konvent sei mit einer ganz deutlichen Mehrheit klar dafür, die Arbeit an der europäischen Verfassung fortzusetzen, und diese zu dem gesetzten Termin am 20. Juni 2003 durch die Vorlage vor den Europäischen Rat abzuschließen.

Bis dahin müssten, laut Einem, noch viele Themen abgeschlossen werden. Zu den schwierigsten Fragen gehören insbesondere die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Institutionsreform. Diese Entscheidungen des Konvents würden erst am Schluss getroffen werden. Zur Zeit würde intensiv zum Thema Justiz- und Innenpolitik und zu Finanzfragen der Union diskutiert.

Das, was Eva Nowotny zu Beginn der Diskussion als Kollateralschaden bezeichnete, sah Peter Glotz als Katalysator zur Lösung bestehender strukturellen Probleme der EU. Dabei gäbe es ganz unterschiedliche Interessen verschiedener Mitgliedsstaaten. So sähen die osteuropäischen Staaten die USA als einen wirksamen Schutz gegen eine mögliche militärische Bedrohung von außen. Ein möglicher Lösungsansatz wäre die Bildung eines Kerneuropas, wo nur die Staaten mitmachen würden, die das auch können.

Caspar Einem meinte, dass Europa diesen Weg der variablen Geometrie gehen müsste, und dass Österreich von Anfang an dabei sein solle. Es werde trotzdem notwendig sein, darauf zu achten, dass bei grundsätzlichen Politikentscheidungen - etwa bei den Fragen der militärischen Intervention an dritten Orten – gemeinsam entschieden werde. Wichtig wäre, dass die Europäische Union politisch einig bleibe, aber es könne ähnlich wie beim Schengen-Abkommen oder bei der Einführung der europäischen Währung auch kerneuropäische erste Schritte geben.

Als einen solcher Schritte sahen Peter Glotz und Caspar Einem die Installierung einer EU-Armee, was bereits von Portugal vorgeschlagen würde. Caspar Einem informierte, dass die SPÖ zu diesem Thema schon vor geraumer Zeit eine entsprechende Position in dieser Richtung bezogen hätte. Das heiße aber nicht, dass die Neutralität sofort aufgegeben werde. Die Frage sei, ob Europa in der Lage sein wolle, sich gegebenenfalls selbst zu verteidigen oder ob diese Fragen immer nur von den USA entschieden werden. Es gehe dabei nicht um eine Militarisierung der EU, sondern darum, wie die eigene Verteidigung organisiert werde. Dieser Schritt erschiene insbesondere nach der EU-Osterweiterung wichtig. Die Erweiterung sei nicht zuletzt auf der Basis des Wunsches nach 1945 entstanden, Kriege zwischen den europäischen Staaten künftig unmöglich zu machen. Derzeit gelte es zu hinterfragen, ob es

sinnvoll sei, dass Europa 2,8 Millionen Soldaten und die USA 1,4 Millionen unter Waffen habe.

Krawagna-Pfeifer ging weiters auf die institutionellen Fragen ein, die im EU-Konvent diskutiert werden. Der gemeinsame deutsch-französische Vorstoß sähe einen Ratspräsidenten und einen durch das Europäische Parlament gewählten Präsidenten der Europäischen Kommission vor.

Peter Glotz meinte, dass dieser Vorstoß ein Kompromiss gewesen wäre, und dass der ursprüngliche Vorschlag Deutschlands keinen Ratspräsidenten vorgesehen hätte. Für Caspar Einem wäre die Wahl des Kommissionspräsidenten durch das Europäische Parlament mit einfacher Mehrheit attraktiv.

Zur Frage des Referendums über die künftige EU-Verfassung meinte Peter Glotz, dass dies nicht durchzuführen sei. Sollte ein solches Referendum in einem oder mehreren Staaten negativ ausgehen, so stünde die Verfassung in Gefahr. Caspar Einem hielt dem entgegen, dass für solche Fälle Vorkehrungen getroffen werden könnten. So wäre ein gesamteuropäisches grenzüberschreitendes Referendum denkbar, wozu es allerdings noch keine Voraussetzungen gebe. Vorstellbar wäre eine Entscheidung durch eine Mehrheit der gesamten Bevölkerung der Europäischen Union plus eine Mehrheit der Staaten, die dabei sein müsse. In diesem Fall wäre ein demokratisches und ein intergouvernementales Element gegeben.

In der Diskussion wurde die Frage des Gottesbegriffes in der EU-Verfassung angesprochen. Casper Einem berichtete, wie daran auf eine typisch europäische Weise herangegangen wurde. Die deutsche Fassung der Grundrechts-Charta enthalte eine entsprechende Passage mit der Formulierung „geistig-religiös“. In allen anderen Sprachen laute es „spirituell“, was ein Grund für die Zustimmung Frankreichs gewesen sei. Die Auseinandersetzung sei noch nicht abgeschlossen. In seinen Augen könne sie fortgesetzt werden, wenn beispielsweise Wachstum und Vollbeschäftigung als zusätzliche Ziele für die Europäische Zentralbank gleichzeitig diskutiert würden.

Peter Glotz hielt in diesem Zusammenhang fest, dass der Papst in vielen Fragen, wie beim Irakkrieg, eine wichtige Stellungnahme abgegeben hätte. Wenn das Frauenpriestertum und die Regeln zum sexuellen Verhalten der Menschen nicht zum Zentrum der Diskussion gemacht werde, so sei die katholische Kirche ein interessanter politischer

Diskussionspartner. Das heiße aber nicht, dass die invocatio dei in die Verfassung kommen solle.

Abschließend wies Caspar Einem darauf hin, dass der EU-Konvent mit seinen 207 Mitgliedern einen sehr spannenden Entscheidungsprozess darstelle. In diesem Gremium, das auf Konsens angelegt sei, gelte es herauszufinden, was die verschiedenen Akteure trenne, und welche Wege es gäbe, um dieses Trennende überwinden zu können.

Caspar Einem

Studium der Rechtswissenschaften in Wien zum Dr. iur., 1977 Bewrungshelfer in Wien und Salzburg, zuletzt verantwortlich für Finanzen und Organisation des Trägervereins, 1978-79 Mitarbeiter des Ludwig Boltzmann-Instituts für Kriminalsoziologie, Gerichtsjahr, 1980 – 1991 Mitarbeiter der Arbeiterkammer Wien, zunächst im Bereich Konsumentenpolitik und –beratung (-1986), 1985/86 Betriebsrats-vorsitzender, Leiter der Kommunalpolitischen Abteilung (1986-91).

Wechsel zur MV AG, zunächst als Leiter des Bereichs Unternehmens-entwicklung und strategisches Controlling (Konzernstrategie), dann bis zum Ausscheiden Direktor des Geschäftsbereiches Gas.

November 1994 Berufung zum Staatssekretär im Bundeskanzleramt, April 1995 bis Jänner 1997 Bundesminister für Inneres, anschließend bis Februar 2000 Bundesminister für Wissenschaft und Verkehr. Seit Februar 2000 Abgeordneter zum Nationalrat und Europaspreeher der SPÖ und seit Mai 2001 stellvertretender Klubobmann.

Peter Glotz

Dr. Phil. o. Professor für Kommunikationswissenschaft und Direktor am Institut für Medien- und Kommunikationsmanagement der Universität St. Gallen und Direktor des Executive MBA in Media and Communication.

26 Jahre politische Tätigkeit, darunter Staatssekretär im Bundesbildungsministerium (1974-77), Senator für Wissenschaft und Forschung Berlin (1977-81), Bundesgeschäftsführer der SPD (1981-87). 12 Jahre Senator der Max-Planck-Gesellschaft, Mitglied des Stiftungsrats des Wissenschaftskollegs zu Berlin. 1991 Gastprofessor Marquette Universität Milwaukee. 1993 Honorarprofessor für Kommunikations-kultur und Medienkologie an der Universität München. 1996 – 1999 Rektor der Universität Erfurt. Stndiger Gastprofessor und Direktor ab Januar 2000 am Institut für Medien und Kommunikationsmanagement der Universität St. Gallen und Direktor des Executive MBA in Media and Communication. Zwischen Februar und Oktober 2002 Beauftragter des deutschen Bundeskanzlers für den EU-Konvent zur Ausarbeitung einer europäischen Verfassung.